

---

## „Bürger an die Wand gedrückt“

28.05.2008 | 18:16 | (Die Presse)

**Gegner der Flughafen-Expansion schließen sich zusammen und kündigen Einsprüche an. Juristin Susanne Heger: „Bis jetzt im Rechtsbruch unterwegs.“**

**WIEN** (milo). Die Gegner des Baus der dritten Flughafenpiste treffen morgen, Freitag, einander, um ihre Aktionen und Einsprüche gegen dieses Projekt zu koordinieren. Susanne Heger ist eine Wiener Rechtsanwältin, die 27 Bürgerinitiativen vertritt, die gegen den Fluglärm kämpfen.

Heger: „Formaljuristisch ist diese UVP (Umweltverträglichkeitsprüfung; Anm.) angreifbar“, meint sie zur „Presse“. Die Juristin begründet dies damit, dass das jetzige Verfahren für die dritte Piste beginnt, obwohl die Erweiterungen und Baumaßnahmen seit den 1990er Jahren noch nicht über die Bühne sind.

Zur Erinnerung: Am Flughafen wurden in den vergangenen Jahren Büro- und Konferenzflächen sowie zusätzlicher Parkraum geschaffen, zudem eine Abstell- und Servicehalle errichtet, vor allem aber der „Skylink“, ein weiterer Terminal gebaut – all diese Maßnahmen sind erfolgt, ohne dass die Umweltverträglichkeit geprüft worden ist. Fluglärmgegner, deren Zahl stark zugenommen hat (siehe Artikel oben), haben dies bei der EU bekämpft und – zumindest zum Teil – Recht bekommen.

### „Auf wackeligen Füßen“

Um ein Verfahren wegen der Verletzung der UVP-Richtlinie abzuwenden muss nun die UVP nachgeholt werden. Möglich sind Ergänzungsmaßnahmen, unwahrscheinlich ein Rückbau oder Abriss. Jedenfalls ist eine solche nachträgliche UVP eine Novität für die EU: Die Prüfung (die auch eine Null-Variante, den Verzicht auf die Errichtung, einbeziehen muss) erfolgt, obwohl die Bauten praktisch fertig sind. Mehr noch: Vor kurzem erst hat der Flughafen vermeldet, dass die Flächen im Skylink – insgesamt 19.100 Quadratmeter – bereits vergeben sind.

Vor diesem Hintergrund glaubt Heger, dass es „rechtlich auf wackeligen Füßen“ stehe, wenn nun das nächste Verfahren – eben die UVP für die dritte Piste – startet.

Heger meint weiter, dass „eine vernünftige Diskussion, in der beide Seiten gleichermaßen zu Wort kommen, kaum möglich ist.“ Sie glaubt, dass die wirtschaftlichen Interessen der Länder Wien und Niederösterreich (sie sind zu je 20 Prozent Miteigentümer des Flughafens) bei den Genehmigungen (zuständig ist in erster Linie Niederösterreich) eine vitale Rolle spielten. Wie die Dinge nun abliefen, hält sie für ein „rechtsstaatliches Armutszeugnis; der Bürger ist an die Wand gedrückt.“

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 29.05.2008)

---